



Für immer „Alle Neune“ bei der niedersächsischen Polizei?

Warum endlich Schluss sein muss mit langen Wartezeiten zu A 10.

Beim Kegeln ist es immer noch das altbekannte Ziel, „alle Neune“ zu haben. Die Neun bleibt das Höchste des Erreichbaren. Kommt uns das in der Polizei Niedersachsens nicht seltsam vertraut vor? Weiter als bis zu A 9 gelangen tausende von Kolleginnen und Kollegen in ihrer gesamten beruflichen Laufbahn leider nicht – aus Sicht der GdP ist dies ein echter Skandal! Oder die Beförderung erreicht sie erst kurz vor der Pensionierung. Standzeiten von bis zu zwölf Jahren werden in einigen Bereichen derweil zu traurigen Normalfällen.

Natürlich wird in anderen Branchen, die ebenfalls wichtige Felder der Daseinsvorsorge oder des Gemeinwesens abdecken, noch weit schlechter bezahlt: In der Alten- und Krankenpflege zum Beispiel oder in den Kindergärten sowie in zahlreichen anderen Berufen kommt das ebenso vor. Allerdings wird dieses zu Recht hart kritisierte soziale Desaster ja nicht besser, wenn bei der Polizei weiterhin ähnlich unangemessen besoldet wird.

Bei der Polizei kommt noch erschwerend hinzu: Polizeivollzugsbeamte müssen aufgrund ihrer Tätigkeit jeden Tag die Gefährdung der eigenen Gesundheit und sogar ihres Lebens hinnehmen. Dennoch wird fast die Hälfte der verbeamteten Kollegenschaft in Niedersachsen mit A 9 abgespeist. Ganz abgesehen davon, dass der Wegfall der Freien Heilfürsorge und das Streichen der Sonderzahlung bereits vor Jahren schmerzhaft finanzielle Einbußen bedeuteten. Damit haben die betroffenen Angehörigen der Polizei Niedersachsen ein riesiges Finanzvolumen aufgebracht, das die jeweiligen Landesregierungen mit großer Freude in ihren Haushalten verbucht haben.

Doch mit dem Kaputtsparen der Kollegenschaft muss nun endgültig Schluss



Dietmar Schilff, Landesvorsitzender

Foto: GdP Archiv

sein, denn es gibt zahlreiche, gut begründete Argumente, die ein Ende der Einschnitte bei der Polizei trefflich untermauern!

Unsere Kolleginnen und Kollegen sind wegen ihrer langjährigen Berufserfahrung, durch umfangreiche Fortbildungsmaßnahmen oder (im Falle der Lebensjüngeren) aufgrund ihres Studiums an der Fachhochschule beziehungsweise Polizeiakademie hervorragend geschult, wie die verantwortliche Politik und sogar polizeikritische Kreise gerne bestätigen. Die Polizei Niedersachsens liefert in ihrer Arbeit ausgezeichnete Ergebnisse, womit hier jedoch nicht die leidige Diskussion um die PKS gemeint ist. Zudem haben die Polizeibeschäftigten in den zurückliegenden Jahren – was den Tarifbereich selbstverständlich bewusst einschließt – vielerlei Einschränkungen und Verschlechterungen ihrer Arbeitsbereiche hinnehmen müssen. Doch als wäre das alles noch nicht genug: Schon vor Jahrzehnten, genauer gesagt bis 1975, sah das

damalige Bundesbesoldungsgesetz vor, dass nach der Ausbildung an einer Fachhochschule eine Ernennung in ein Amt der Besoldungsgruppe A 10 erfolgen muss. Ein klares Kriterium, das durch den damaligen Gesetzgeber suspendiert und durch A 9 ersetzt wurde. Diese rein finanzpolitisch begründete Ungerechtigkeit darf nach so langer Zeit auch für Niedersachsen keinen Tag länger Bestand haben!

Ich gebe zu, das Bild des Kegeln vom Anfang dieses Leitartikels mag insgesamt etwas schief sein. Trotzdem kann ich es hier im übertragenen Sinne wieder aufgreifen: Lasst uns die Kugel gemeinsam ins Rollen bringen. Lasst uns sämtliche veralteten Kegel – und damit alle Neune – abräumen und endlich zu gerechten, angemessenen Besoldungen der Gegenwart aufbrechen. Lasst uns Politik und Öffentlichkeit eindeutig klarmachen: A 9 kann nur der zeitlich eng begrenzte Beginn eines Berufslebens bei der Polizei sein.

Polizeibeamtinnen und -beamte haben es mehr als verdient, nach kurzen Wartezeiten A 10 und daraufhin A 11 zu erhalten, denn sie stehen täglich mit ihrer Gesundheit und ihrem Leben für die Sicherheit der Menschen ein! Selbst ohne die oben genannten schlagkräftigen Argumente der guten Ausbildung, der herausragenden Ergebnisse und der noch immer hohen Motivation wäre dies schon Begründung genug. Bei Betrachtung des Gesamtbildes gibt es nur eine mögliche Schlussfolgerung für den Polizeivollzug in Niedersachsen: Mittelfristig dürfen Polizisten keinesfalls unterhalb der heutigen Besoldungsgruppe A 11 bezahlt werden!

Dietmar Schilff (ch)



Termin-Check/Einladungen:

Grillfest 2012 der Kreisgruppe ZPD Technik (vorm. KG PATBNI) am Donnerstag, **6. September 2012** ab 16.00 Uhr in der Kantine des Wasser- und Schifffahrtsamtes Hannover (ehemalige BGS-Kantine), Möckernstr. 30, Hannover. Der Vorstand würde sich über zahlreiches Erscheinen freuen. **Anmeldungen** bis 29. 8. 2012 erbeten. Tel. (05 11) 1 64 40 95, Fax (0 32) 2 21 19 60 96 oder E-Mail: gdp-zpd-technik@arcor.de.
Gerrit Rassow

Redaktionsschluss:

Zuschriften bitte an die u. g. Anschrift der Redaktion – möglichst per E-Mail oder Datenträger – für die Ausgabe **9/2012 bis zum 4. August 2012** und für die Ausgabe **10/2012 bis zum 1. September 2012**.

Hinweise:

Das LandesJournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die niedersächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht. Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.
Die Redaktion

Parteien positionieren sich zur Landtagswahl 2013

– Eindrucksvolles Statement vom SPD-Spitzenkandidaten Stephan Weil zur Polizei –

Man merkt es, die Parteien befinden sich in der Vorwahlkampfphase zur Landtagswahl am 20. Januar 2013. Es werden Parteitage zur Nominierung der Landtagskandidaten/-innen und Veranstaltungen zu spezifischen Themen durchgeführt. Die GdP nimmt grundsätzlich alle Einladungen an, um ihre Positionen zu unterstreichen, aber auch um zu hören, wer was sagt. Berichtet haben wir schon über einige Termine und zu deren Inhalten.

Ganz aktuell sind zwei Veranstaltungen hinzugekommen.

CDU: 7. CDA-Niedersachsentag in Barsinghausen

So nahm der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende **Jörg Mildahn** für die GdP am 23. Juni 2012 am Delegiertentag der CDU-Arbeitsgemeinschaft „Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA)“¹ teil, wo er von dem wiedergewählten Vorsitzenden **Dr. Max Matthiesen** in seinem Statement begrüßt wurde. Auf dieser Veranstaltung hielt die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, **Dr. Ursula von der Leyen** eine Rede. Die mangelhafte Stimmung, die Verschlechterungen in der Polizei oder Aussagen zur Innenpolitik fanden hier allerdings keinen Raum.

SPD: Landesvertreter(innen)-versammlung in Hameln

Ganz anders bei der zweiten Veranstaltung, dem Landesvertreter(innen)tag der SPD am 7. Juli 2012 in Hameln². Hier wurden die Landtagskandidaten/-innen der SPD und der Spitzenkandidat für das Amt des Ministerpräsidenten, **Stephan Weil** (er erhielt fast 99 Prozent), gewählt. Bei dieser Veranstaltung war neben dem GdP-Kreisgruppenvorsitzenden Hameln, **Ralf Hermes**, auch der Landesvorsitzende **Dietmar Schilff** anwesend. Die

GdP fand mehrmals statt: Sowohl **Ralf Hermes** als auch **Dietmar Schilff** wurden durch die Sitzungsleiterin **Gabriele Lösekrug-Möller** (MdB) begrüßt. Auch der ehemalige Leiter des Landeskriminalamtes Niedersachsen und jetzige Landrat für den Kreis Hameln-Pyrmont, **Rüdiger Butte**, ging in seinem Grußwort an die Anwesenden auf die GdP ein und kritisierte fast wortwörtlich das „... unmögliche Verhalten von Innenminister Schünemann gegenüber der größten Interessenvertretung für die Polizeibeschäftigten, der GdP, deren Mitglied ich immer noch bin und bleiben werde,“ und seine „Sprachlosigkeit gegenüber dem Vorsitzenden Dietmar Schilff“.



V. l.: Landrat Rüdiger Butte, Dietmar Schilff, Torsten Albig (Ministerpräsident S-H), Stephan Weil (MP-Kandidat Nds.)

Foto: Ralf Hermes

Das Statement des Ministerpräsidentenkandidaten **Stephan Weil** machte dann deutlich, dass die SPD bemüht ist, das Verhältnis zu den Gewerkschaften zu verbessern, den Dialog verstärkt zu suchen, und dass die Themen „Polizei“ und „Innere Sicherheit“ mit einer zentralen Rolle im Wahlprogramm der SPD zu spielen scheinen. Fast wortwörtlich sagte Weil: „... Herr Schünemann schwelgt in angeblichen Aufklärungsquoten ..., gleichzeitig gärt es bei der Polizei. Die SPD-Landtagsfraktion hat kürzlich eine Fachkonferenz zur Zukunft der Polizei in Niedersachsen durchgeführt. Über 250 Teilnehmer waren da. Es ist überraschend und besorgniserregend, wie schlecht das Betriebsklima, wie gereizt die Stimmung in der niedersächsischen Polizei ist. Es ist aber nicht ein selbstverliebter Innenminister, es sind die Polizistinnen und Polizisten



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe

Niedersachsen

Geschäftsstelle:

Berckhusenstraße 133 a,
30625 Hannover
Telefon (05 11) 5 30 37-0,
Fax 5 30 37-50
Internet: www.gdpniedersachsen.de
E-Mail: gdp-niedersachsen@gdp-online.de

Redaktion:

Uwe Robra (V.i.S.d.P., verantwortlicher Redakteur des Landesjournals)
Im Eschbruch 8f, 30952 Ronnenberg
Telefon (0 51 08) 64 38 94
Mobil (0 15 25) 6 10 87 51
E-Mails an:
redaktion@gdpniedersachsen.de
gdp-niedersachsen@gdp-online.de
leserbrief@gdpniedersachsen.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83,
Fax 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2011.

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0170-6454



LANDTAGSWAHL 2013

vor Ort, die für Sicherheit sorgen. Die Regierung ist drauf und dran, die Motivation dieser Menschen kaputt zu machen, und das dürfen wir nicht zulassen. Um nur ein Beispiel zu geben: Dass jeder Polizist eine faire Chance auf eine Beförderung haben muss, sollte doch wohl selbstverständlich sein. Und deswegen werden wir den sogenannten A-11-Erlass abschaffen.“

Die ganze Rede wurde als Anhang an die Medien und Pressesprecher der Gewerkschaften versandt und liegt der GdP vor.

Diese Aussage, die Weil schon am 14. Juni 2012 in Hannover auf der SPD-Polizeifachtagung „Von der Quotenpolizei

zurück zur Bürgerpolizei“ getätigt hat, hat er nunmehr als SPD-Spitzenkandidat für das Amt des Ministerpräsidenten in Niedersachsen bestätigt und ist somit Bestandteil der Wahlaussagen der SPD.

Diese Festlegung ist deshalb so ein-drucksvoll, weil sich in den vergangenen Jahren so nachdrücklich niemand zu den Polizeibeschäftigten geäußert hat und die konsequente Arbeit der GdP für die Beschäftigten bei Herrn Weil offensichtlich angekommen ist.

Sehr interessant waren auch die Grußworte des neuen Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, **Torsten Albig** (SPD), der das Thema Verteilungsge-

rechtigkeit ansprach und einigen Betriebs- und Volkswirten, die immer mehr Einsparungen zu Lasten der Gering- und Mittelverdiener einforderten, die Kompetenz absprach.

Die GdP wird auch zukünftig über wahrgenommene Einladungen und über die dort getätigten Aussagen sachlich und konstruktiv berichten. **Red.**

¹ www.cda-nds.de/content.php?structure=00001&content=START&LG=&UIN=&CIN=&vorschau=&art=&idnr=00635

² www.spdnds.de/aktuell/nachrichten/2012/360653.php

GEFAHRENABWEHRRECHT

Niedersachsens Grüne wollen neues Polizeigesetz – GdP tritt in Diskussion ein

GdP-Landesvorsitzender beim Expertenhearing der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die niedersächsischen Grünen haben einen Gesetzentwurf in Arbeit, mit dem sie das Nds. Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (NSOG) verändern wollen. Nach eigenen Angaben hatte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nach vielen Sitzungen einen eigenen Gesetzentwurf mit Änderungsvorschlägen erarbeitet. Danach soll es auch einen neuen Namen erhalten: „Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Polizei im Land Niedersachsen“. Der Gesetzentwurf war am 12. Juni 2012 in der Grünen Landtagsfraktion beraten und nach dortiger Beschlussfassung an die GdP übersandt worden. Der Gesetzentwurf grenzt sich deutlich vom derzeitigen NSOG ab.

Am 2. Juli 2012 hatte nun die Fraktion zu einer Expertenrunde eingeladen. „Die Meinung, Veränderungsvorschläge und Anregungen von Ihnen zu diesem Gesetzentwurf ist der Landtagsfraktion wichtig und sie will diese mit in die weitere Bearbeitung und Beratung einfließen lassen“, so war dem Einladungsschreiben der innenpolitischen Sprecherin, Meta Janssen-Kucz (MdL), zu entnehmen.

Für die GdP war es selbstverständlich, an der Expertenanhörung teilzunehmen und die Interessen der Kolleginnen und Kollegen, die tagtäglich dieses Gesetz anwenden, zu vertreten. Außer der GdP, in

Person des Landesvorsitzenden Dietmar Schilff, haben nur noch Interessenvertreter von Rechtsanwaltsvereinigungen, Rechtsprofessoren und Bürgerrechtsvertreter/-innen teilgenommen.

Einige Reformpunkte sind – aus Sicht der GdP – für eine Umsetzung durchaus vorstellbar oder zumindest diskutabel. So wird begrüßt, dass rechtsstaatliche Grundsätze und Eingriffsregelungen normenklar gefasst werden sollen. Dabei besteht in der Abwägung zwischen grünen freiheitlichen und datenschutzrechtlichen Vorstellungen und praktischen sowie wirksamen Gesichtspunkten in der Umsetzbarkeit polizeilicher Gefahrenabwehraufgaben

allerdings noch Erörterungsbedarf. Insbesondere machte Dietmar Schilff die ablehnende Position der GdP zu einer möglichen Kennzeichnung von Polizeibeamten/-innen im Einsatz klar.

Positiv ist zu werten, dass die GRÜNEN sehr frühzeitig die Argumente der GdP hören wollten. Inwieweit konträre Positionen dann in den Gesetzentwurf der GRÜNEN einfließen, wird man sehen. Wenn der Gesetzentwurf komplett vorliegt, wird die GdP auch einen fachkundigen Beirat einrichten, der sich dann ganz konkret mit den Normen aus polizeilicher und gewerkschaftlicher Sicht beschäftigen wird. **Red.**

TARIFRECHT

Neuer Tarifvertrag für Niedersachsen ab April 2013

Immer wieder erreichen die GdP-Landesgeschäftsstelle die Fragen von Mitgliedern, ob sich die Lohnerhöhungen aus den Tarifverhandlungen 2012 für den öffentlichen Dienst (TVÖD) auch bei ihnen positiv auswirken. Die Ergebnisse aus dem Frühjahr 2012 gelten jedoch lediglich für die Tarifbeschäftigten von Kommunen beziehungsweise des Bundes und wurden im Nachgang auf die Bundesbeamten

übertragen. Die erzielten Zuwächse haben keine Auswirkungen auf Beschäftigte des Landes Niedersachsen. Für diesen Geltungsbereich läuft der aktuelle Tarifvertrag (TV-L) nämlich noch bis zum 31. März 2013. Erst durch die im Frühjahr 2013 anstehenden Tarifverhandlungen können Auswirkungen für Tarifbeschäftigte und Beamten/Beamte erzielt werden.

CH/Volk



Geschäftsführender Landesvorstand tagt im Polizeimuseum



Dr. Dirk Götting und Dietmar Schilff im Polizeimuseum Niedersachsen in Nienburg/Weser
Foto: Christian Hoffmann

Der Geschäftsführende GdP-Landesvorstand (GsV) hat am 10. Juli im Polizeimuseum in Nienburg/Weser getagt und sich dort intensiv mit vor Ort Verantwortlichen ausgetauscht.

Zunächst ließen sich die GsV-Mitglieder von Museumsleiter Dr. Dirk Götting über Organisationsfragen und Neuerungen in der Ausstellung informieren sowie über den Plan, die Sammlung beispielsweise für die Zeit des Nationalsozialismus zu ergänzen. Auch die steigenden Besucherzahlen waren ein Thema des

Gesprächs. Nach einer Führung mit anschließender Diskussionsrunde übergab ihm Landesvorsitzender Dietmar Schilff als kleinen Dank einen GdP-Teddybären.

Danach stellte der Direktor der Polizeiakademie (PA) Niedersachsen, Johannes-Jürgen Kaul, aktuelle Ergebnisse zum Bachelorstudiengang an den drei Standorten Hann. Münden, Nienburg und Oldenburg vor. Dabei erläuterte er Änderungen des Lehrplanes, die zu einer

Entlastung bei Studierenden und Lehrpersonal führen sollen.

Gemeinsam mit Klaus Hendrian (GdP-KG-Vorsitzender PA Nienburg), Heinrich Schminke (Personalratsvorsitzender PA) und Klaus Timke (Personalratsvorsitzender PI Nienburg) diskutierte der GsV im Anschluss unter anderem die räumliche Situation der PA, die Belastungssituation der Lehrenden sowie die Zusammenarbeit mit der örtlichen Polizeiinspektion. **Christian Hoffmann**



Johannes-Jürgen Kaul, Direktor der Polizeiakademie Niedersachsen, während seines Vortrages vor dem GsV
Foto: CH

NACHRUF

Die Gewerkschaft der Polizei – Landesbezirk Niedersachsen – trauert um folgende verstorbene Kolleginnen und Kollegen:

Bussas, Fritz	23. 7. 1927	Krs.-Gr. Grafschaft Bentheim
Fenske, Emil	21. 2. 1919	Krs.-Gr. Osterholz-Scharmbeck
Klockmann, Albert	12. 3. 1923	Krs.-Gr. Lüneburg
Klose, Werner	16. 9. 1920	Krs.-Gr. Nienburg
Kuske, Günter	5. 6. 1953	Krs.-Gr. Heidekreis
Leser, Alfred	2. 10. 1918	Krs.-Gr. Emsland
Raschkowski, August	28. 2. 1912	Krs.-Gr. Lüneburg
Winkler, Paul	4. 10. 1923	Krs.-Gr. Braunschweig

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.





Urlaub 2012/13



Die Winterkataloge sind da!

Buchen Sie oder Ihre Angehörigen Ihren Winterurlaub in unserem Reisebüro mit

5 % Ermäßigung!

Eine kleine Auswahl unserer Reisepartner...



GdP-Touristik

Berckhusenstr. 133 a, 30625 Hannover

Tel. 0511/530380

Fax 0511/5303850

E-Mail: service@gdpservice.de

Internet: www.gdpservice.de



Mentoring der GdP-Frauengruppe (Bund)

Eine Idee wird mit Leben gefüllt. Zwischenbilanz der beiden niedersächsischen Mentee-/Mentor-Tandems Jennifer Uhl/Klaus Dierker und Imme Hildebrandt/Elke Guendner-Ede

Gut vier Monate nach der Auftaktveranstaltung zum Mentoringprogramm der Frauengruppe (Bund) Anfang Februar 2012 in Berlin¹ ziehen wir – Jennifer Uhl und Imme Hildebrandt – eine Zwischenbilanz.

In den letzten Monaten bekamen wir gleich mehrfach die Gelegenheit zum Shadowing² und konnten insbesondere im Juni 2012 unsere Mentoren Klaus Dierker und Elke Guendner-Ede zu unterschiedlichen Veranstaltungen begleiten. Vorangegangen waren bereits mehrere Treffen in den jeweiligen Tandems. An regelmäßig vereinbarten Terminen wurden z. B. Fragen bezüglich der Organisationsstruktur und der Gremienarbeit in der GdP geklärt sowie der persönliche Kontakt aufgebaut und intensiviert. Am 9. Juni 2012 konnten wir dann unsere Mentoren zur „Fachtagung Höherer Dienst“ in Hannover³ begleiten. Eine Veranstaltung mit sehr interessanten Vorträgen und Teilnehmern, die uns über den bekannten Tellerrand hinaus schauen ließ! Darüber hinaus nutzten unsere Mentoren auch die Möglichkeit, uns als ihre Mentees vorzustellen, wodurch sich weitere bereichernde Gespräche ergaben und zukünftige Termine vereinbart werden konnten.

Bereits am 12. Juni 2012 sollten wir einige GdP-Kollegen erneut treffen, da wir als Gäste bei der GdP-Landesvorstandssitzung anwesend waren. Vielen Dank an dieser Stelle auch an Dietmar Schilff, der



V.l.: Elke Guendner-Ede, Knut Lindenau, Imme Hildebrandt, Dietmar Schilff und Jennifer Uhl am 9. Juni in Hannover

Fotos (2): Uwe Robra

es sich natürlich nicht nehmen ließ, uns dem Plenum vorzustellen.

Der krönende Abschluss unserer bisherigen Veranstaltungsreihe sollte am 14. Juni 2012 die Teilnahme am SPD-Fachkongress zum Thema „Von der Quotenpolizei zurück zur Bürgerpolizei“ werden. Auch bei diesem Termin trafen wir auf viele inzwischen bekannte Gesichter und wurden wiederum als Mentee von Klaus bzw. Elke erkannt.

Insgesamt war die Teilnahme an diesen Veranstaltungen mit ganz unterschiedlichen Hintergründen spannend und bereichernd zugleich. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt konnten einige der in der Auftaktveranstaltung formulierten Ziele und Vereinbarungen realisiert werden. Wir sind weiterhin motiviert und sehr gespannt auf das, was uns im Rahmen dieses Projektes zukünftig noch erwarten wird, denn weitere interessante Termine mit unseren Mentoren sind bereits geplant.

Abschließend möchten wir unseren Mentoren danken, die in offenen und vertrauensvollen Gesprächen ihre Erfahrungen an uns weitergeben und uns in bestehende Netzwerke einführen. Hierdurch tragen sie erheblich zu unserer per-

sönlichen Weiterentwicklung bei, bereiten uns für zukünftige Ämter vor und garantieren somit das Gelingen des Gesamtprojekts. Weiterhin gilt unser Dank den Mitgliedern der GdP, die uns bei allen Veranstaltungen ausgesprochen offen und interessiert entgegengetreten sind und uns auch für die Zukunft ihre Hilfe und Unterstützung zusagten.

¹ DP berichtete in der Bundesausgabe März 2012, Seite 29. (Red.)

² Beim Shadowing begleitet die/der Mentee den/die Mentor/-in durch den Alltag einschließlich der Teilnahme an Veranstaltungen, um durch Beobachtung eigenständig zu lernen und Kontakte knüpfen zu können. (Red.)

³ DP berichtete in Ausgabe Juli 2012 im Leitartikel des LandesJournals. (Red.)

Zu den Personen

Jennifer Uhl

- Polizeivollzugsbeamtin im LKA
- Engagement in der JUNGEN GRUPPE LKA
- Mitglied der Frauengruppe LKA
- Schriftführerin in der Bezirksgruppe LKA
- Seit 2012 Ersatzmitglied im Personalrat LKA

Imme Hildebrandt

- Tarifbeschäftigte im LKA im Bereich Kriminaltechnik
- Engagement in der JUNGEN GRUPPE/Bund (z. B. CASTOR-Betreuung)
- Mitglied in der Niedersächsischen Tarifkommission seit 2006
- Seit 2012 ordentliches Mitglied Personalrat LKA



V.l.: Klaus Dierker, Jennifer Uhl, Elke Guendner-Ede, Imme Hildebrandt, Dietmar Schilff am 12. Juni bei der LV- und Beiratssitzung



GdP-RECHTSSCHUTZ

Wie geht's richtig?

Die Gewerkschaft der Polizei setzt sich neben der politischen Arbeit für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen sowie der Tätigkeit in den Personalräten auch auf vielen anderen Ebenen für ihre Mitglieder ein. Ein Schwerpunkt ist dabei die Gewährung von Rechtsschutz. Von den Mitgliedsbeiträgen werden jedes Jahr ca. 270 000 Euro für Rechtsschutzfälle in den GdP-Haushalt eingestellt.

Daran erkennt man, wie wichtig dieser Baustein für die GdP-Mitglieder ist. Angemerkt werden muss, dass die GdP – entgegen einer Vielzahl anderer privater Rechtsschutzversicherungen – grundsätzlich auch Rechtsschutz bis zu einem rechtskräftigen Urteil bei sogenannten Vorsatzdelikten, wie z. B. Anzeige wegen Körperverletzung im Amt, gewährt.

Die GdP steht dabei ihren Mitgliedern als starke Instanz bei. Jedoch muss auch eine große Organisation wie die GdP sich Regeln geben, in welchen Fällen Rechtsschutz gewährt werden kann und in welcher Form. Dabei sind zwingend auch einige Verfahrensschritte zu beachten, die wir an dieser Stelle erläutern wollen.

Die Anzahl der Fälle, in denen Kolleginnen und Kollegen die Hilfe von Rechtsbeiständen benötigen, häuft sich. Sei es im Zuge von Verwaltungsrechtsfragen, wie z. B. bei Beurteilungen, Beförderungen, Rentenbemessungen, Eingruppierungen usw. oder durch den täglichen Dienst, weil sie Opfer von Gewalt wurden oder man sie angezeigt hat.

Der GdP-Rechtsschutz greift bei Streitfällen aus dem Dienst- bzw. Arbeitsverhältnis, bei zivil- und strafrechtlichen Verfahren sowie Verfahren im öffentlichen Recht. Voraussetzung ist, dass ein dienstlicher Zusammenhang festzustellen ist. Gerade bei Gewalt gegen Polizeibeamte/-innen oder bei Disziplinarverfahren garantiert die GdP Niedersachsen eine schnelle und unbürokratische Zusage von Rechtsschutz.

Erst Rechtsschutzantrag stellen, dann Rechtsanwalt aufsuchen!

Nicht selten kommt es vor, dass zunächst ein Rechtsanwalt aufgesucht und

erst dann der Kontakt mit der GdP gesucht wird. Dies ist nicht der richtige Weg. Zunächst sollte das in der Kreisgruppe zuständige Vorstandsmitglied angesprochen werden und mit ihm dann der Rechtsschutzantrag ausgefüllt werden. Über die Bezirksgruppe wird der Antrag

dann an den Landesbezirk gesandt, wo über die Gewährung von Rechtsschutz laut GdP-Rechtsschutzordnung entschieden wird.

Fortsetzung auf Seite 8

GdP-/NFV-Aktion gegen Gewalt



Seit längerer Zeit beschäftigt sich die GdP mit der Vermeidung von Gewalt rund um Fußballspiele. Für die kommende Spielzeit 2012/2013 hat der Landesbezirk Niedersachsen darum einen Aktionsplan unter dem Titel „Gemeinsam und fair!“ erarbeitet, der demnächst zusammen mit dem Kooperationspartner Norddeutscher Fußball-Verband (NFV) auf die Regionalliga Nord angewendet wird – zu diesem gehört auch das abgebildete Plakatmotiv. Neben Gesprächen mit Fanforscher Prof. Gunter A. Pilz und seinen Kollegen der Kompetenzgruppe „Fankulturen und Sport bezogene Soziale Arbeit“ wird sich die GdP zusammen mit dem NFV im August an die Öffentlichkeit wenden, um für fairen Sport zu werben, der auch die Interessen der eingesetzten Kolleginnen und Kollegen der Polizei berücksichtigt.

(CH)



Fortsetzung von Seite 7

Dieser Weg ist aus mehrerer Hinsicht wichtig. Nicht jeder Streitfall hat auch Aussicht auf Erfolg. Sehr häufig sind bereits in gleicher oder ähnlicher Sachlage Rechtsentscheidungen gefallen und ein erneutes Verfahren hat keine Aussicht, positiv beschieden zu werden. Die Informationen darüber kann der Betroffene nicht selten nur über den direkten Kontakt zur Kreis- oder Bezirksgruppe bekommen und sich damit viel Aufregung ersparen.

Aber auch die Dienststelle kann zunächst über die Gewährung eines zinslosen Rechtsschutzdarlehens gefordert sein. Auch da greift dann erst in zweiter Instanz der GdP-Rechtsschutz.

Das Adhäsionsverfahren ist eine weitere Möglichkeit, seine zivilrechtlichen Ansprüche bereits im Zuge des Strafverfahrens einzufordern, ohne dabei den Weg des Rechtsschutzes zu benötigen.

Ein weiterer gewichtiger Grund, schon frühzeitig die GdP-Gremien einzuschalten, ist die Wahl eines geeigneten Rechtsbeistandes. Die Kreis- oder Bezirksgruppen können bei dieser Wahl behilflich sein.

Ein Wort noch zum Thema Nebenklage, die immer häufiger über Rechtsanwältinnen eingereicht wird. Hier sollte man vor allem wissen, wozu die Nebenklage gedacht ist. Sie dient keineswegs der Durchsetzung zivilrechtlicher Ansprüche, sondern vielmehr dazu, die eigenen Interessen als Opfer in der Gerichtsver-

handlung deutlich zu unterstreichen und damit Einfluss auf die Verurteilung des Täters nehmen zu können.

Fazit: Steht ein Mitglied vor der Entscheidung, ob er einen Rechtsbeistand und damit Rechtsschutz benötigt, bitte unbedingt Kontakt zu den GdP-Gremien suchen! Die GdP steht von Anfang an zur Seite.

Und denjenigen, die immer noch nicht in der GdP sind, sei gesagt: Eintreten und Rechtsschutz genießen, bevor etwas passiert!

Gut, dass es sie gibt – GdP

Jörg Mildahn

JUNGE GRUPPE

DPM im Schwimmen und Retten betreut

„Niedersachsen begrüßt seine Gäste“ bei den Deutschen Polizeimeisterschaften Schwimmen und Retten im Stadionbad Hannover am 13. und 14. Juni 2012. Die JUNGE GRUPPE war dabei!

Die von der Zentralen Polizeidirektion (ZPD) organisierte und durchgeführte Veranstaltung war nicht nur ein rundum sportlich-gelungenes Event, son-



Stadionbad Hannover: 16 m Versorgungsstand der JUNGEN GRUPPE (GdP)

Foto: P. Metzger

und Sportler mit Energie-Riegeln, Obst und Iso-Drinks und standen den Kolleginnen und Kollegen anfeuernd zur Seite.

Wir gratulieren allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern zu ihren sportlichen Erfolgen und hoffen, dass wir euch bald wieder in Niedersachsen begrüßen dürfen.

**JUNGE GRUPPE (GdP):
„Mit uns gemeinsam ans Ziel!“**

*Kevin Komolka,
LJ-Vorsitzender*



Ein Teil des „Mit uns gemeinsam ans Ziel!“-Teams: v. l. Heike Donath, Marcel Szpadzinski, Patrizia Metzger (Landesjugendvorsitzende HH), Kevin Komolka (Landesjugendvorsitzender Nds. mit Nachwuchs), Georg Heinrich (Landesjugendvorsitzender HB) (Fotograf der Redaktion bekannt)

dern bot den aus dem ganzen Bundesgebiet angereisten Gästen eine breit gefächerte Plattform des Informationsaustausches untereinander.

Auch die JUNGE GRUPPE (GdP) Niedersachsen begrüßte ihre Gäste der JUNGEN GRUPPEN (GdP) Hamburg und Bremen. Sie nahmen mit ihrem „Mit uns gemeinsam ans Ziel!“-Team ebenfalls die Chance wahr, sich an dem Austausch zu beteiligen und die Stimmungsbilder in den unterschiedlichen Bundesländern mit den Problemen der Kolleginnen und Kollegen im eigenen Land zu vergleichen. Neben diesen Gesprächen betreuten die JUNGEN GRUPPEN die Sportlerinnen



Wettkampfarena: Stadionbad Hannover

Mehr Bilder unter www.gdp.de/gdp/gdpnds.nsf/id/20120614_JG_DPM_Schwimmen_u_Retten_Bericht

